

s.C.41.Au.152.O.
s.B.34.11.Au.7.

Mi
- HN/di

Bern, den 26. Juli 1963

Herrn Bundesrat ~~W a h l e n~~

Kreditsperre gegen Oesterreich
wegen Umsatzsteuerfragen

Gestern nachmittag hat eine Aussprache zwischen dem Vorort und der Handelsabteilung über das weitere Vorgehen stattgefunden. Ich konnte die Herren Homberger und Marti noch vorher kurz über die telefonische Demarche von Minister Kreisky bei Ihnen orientieren.

Résumé des Tatbestandes gemäss Handelsabteilung :

Das österreichische Gesetz gestattet die Erhebung der Umsatzsteuer auf Importen, die mit eigenem Lastwagen des Exporteurs transportiert werden, und auf Waren (Maschinen), die demontiert transportiert und in Oesterreich wieder montiert werden. Die Umsatzsteuer ist aber bisher nicht erhoben worden. Als Repressalie gegen gleiche deutsche Praktiken begannen die Oesterreicher, rückwirkend auf 1956, ohne Aenderung des Gesetzes, diese Steuer zu erheben. Rückwirkend erhobene Steuern können aber nicht abgewälzt werden, wie dies bei indirekten Steuern sonst üblich ist und für die Zukunft auch getan wird.

Die ganze Maschinenindustrie ist betroffen (Rieter, Rüti, Fischer, Maag, BBC, Sulzer, Bühler). Bei Oesterreich geht es um einige Millionen Franken, bei Deutschland um vielleicht 100 Millionen.

Unsere Argumente :

1) Die Steuererhebung im internationalen Verkehr basiert auf Treu und Glauben. Rückwirkende Aenderung der Praxis verstösst dagegen. Wenn Oesterreich Deutschland gegenüber Repressalien ergreift, darf die Schweiz nicht darunter leiden.



- 2 -

2) Die neue österreichische Praxis bedeutet eine Diskriminierung ausländischer Lieferungen gegenüber inländischen, und verstösst damit gegen Völkerrecht, GATT-Bestimmungen etc.

Vorgehen: Die Oesterreicher haben vorgeschlagen, 10 Mio. Sh. vom Kredit von 300 Mio. Sh. zur Bezahlung an die betroffenen Firmen vertraulich abzuzweigen, wobei wir den österreichischen Standpunkt anzuerkennen hätten.

Gestern wurde beschlossen, darauf zu antworten :

- 1) Eine Anerkennung des österreichischen Standpunktes sei uns formell und materiell nicht möglich. Wir müssten weiterhin verlangen, dass auf die rückwirkende Erhebung der Umsatzsteuer verzichtet werde. Argumente siehe oben.
- 2) Es werden technische Besprechungen zwischen dem österreichischen Finanzministerium und einer schweizerischen Delegation vorgeschlagen.

Die Handelsabteilung ist daran, ein Aide Memoire in diesem Sinne, dem Dr. Diez zugestimmt hat, vorzubereiten.

Interne Situation : Die Maschinenindustrie (vor allem BBC und Rieter) ist in Kampfstimmung. Nationalrat Rob. Bühler hat bereits im Juni eine Kleine Anfrage eingereicht, sie aber auf Druck der Handelsabteilung sofort wieder zurückgezogen. Der VSM ist weiterhin entschlossen, mit Presse, Parlament und Repressalien (Umlagerung der Bezüge) zu kämpfen. Vorort und Handelsabteilung versuchen, einen Waffenstillstand bis über die September Session hinaus zu erreichen:

- 1) Mit Deutschland sind Verhandlungen im Gang. Man hofft im September auf einen Erfolg. Die Aussichten sind so gut, dass der Vorort die beiden vorgesehenen deutschen Anleihen nicht blockieren will. Den Erfolg hofft man dann gegen Oesterreich auswerten zu können.

- 2) Wie mit Deutschland hofft man auch mit Oesterreich in Regierungsverhandlungen zum Ziel zu kommen. Bis die Oesterreicher zu einer akzeptablen Lösung bereit sind, müsste allerdings die Frage der Gewährung von Krediten offen bleiben. Herr Reinhardt wird in diesem Sinne unter Druck genommen und wird auch nachgeben müssen.

Bemerkungen

I. Sollten Sie Herrn Minister Kreisky antworten wollen, könnte man wohl folgendes sagen :

1) Das letzte österreichische Aide Memoire ist schweizerischerseits geprüft worden. Es wird dieser Tage beantwortet.

2) Die Antwort enthält den Vorschlag, das Problem durch Regierungsvertreter zu diskutieren. Wir begrüßen eine solche Fühlungnahme.

3) Die Frage der Anleihe ist noch nicht im Stadium des Bewilligungsverfahrens durch die Behörden. Die private interne Diskussion zwischen Banken und Industrie wird abhängen vom Resultat der erwähnten Verhandlungen.

II. In die Diskussion Reinhardt - Homberger sollten wir wohl vorläufig möglichst wenig eingreifen. Banken und Industrie müssen in den vorgesehenen Aussprachen zuerst selbst die Sache ausfechten. Wenn wir heute das politische Moment zu sehr in den Vordergrund stellen und Herrn Reinhardt den Rücken stärken, fallen eventuell der Vorort und die Maschinenindustriellen über uns her mit dem Argument, wir hätten ohne Not und zu frühzeitig politische Ueberlegungen vorgebracht. Es scheint mir richtiger, die Oesterreicher noch etwas zu vertrösten.

lu